

Islamisierungswelle in Bangladesh

von Ahmed Fazl

Mehr als zwei Jahrzehnte nach der Abspaltung Bangladeshs von Pakistan kommt es immer wieder zu schweren Auseinandersetzungen in den Straßen Dhakas. Seit neun Monaten liefern sich islamische Fundamentalisten, die 1971 auf der Seite der pakistanischen Machthaber gestanden hatten, blutige Kämpfe mit den Befürwortern der Unabhängigkeit. Es ist ein Kleinkrieg, der nicht nur die regierende 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) von Premierministerin Begum Khaleda Zia, sondern die parlamentarische Demokratie bedroht. Radikale Moslemgruppen greifen die Regierung an, weil einer ihrer prominentesten Führer inhaftiert wurde: Der 63-jährige Golam Azam steht unter der Anklage, 1971 die Ermordung Tausender von Zivilisten, die für die Unabhängigkeit eintraten, angeordnet zu haben. Azam wird vorgeworfen, im Unabhängigkeitskrieg eine freiwillige Bürgerwehr angeführt zu haben, die im Verdacht steht, viele prominente Akademiker, Schriftsteller, Künstler, Journalisten und Sozialarbeiter umgebracht zu haben.

"An den Galgen!" fordert der 25-jährige Ingenieur Abdur Rashid auf einer Demonstration in Dhaka die Todesstrafe für Azam. Rashid klagt an, daß sein Vater, ein Menschenrechtsanwalt, von Azams 'Razakar'-Truppen hingerichtet wurde. Azam, dem im Mai letzten Jahres vor Gericht die Bürgerrechte, die ihm zuvor wegen staatsfeindlicher Aktivitäten aberkannt worden waren, wieder gewährt wurden, gerät zunehmend in den Mittelpunkt der politischen Kontroverse, seit er im Februar Emir, d.h. Führer der 'Jamaat-i-Islami', der größten fundamentalistischen Partei, wurde.

Gewalttätige Reaktionen

Die Pro-Unabhängigkeits-Parteien sehen in der Ernennung Azams zum Emir einen ersten deutlichen Schritt zur politischen Rehabilitierung des umstrittensten 'Mullahs' von Bangladesh. Am 26. März, dem 21. Jahrestag der Unabhängigkeit, versammelten sich mehr als 100.000 Demonstranten im 'Suhrawardy Uddyan', dem zentralen Stadtpark von Dhaka und hielten ein Scheintribunal gegen den Moslemführer ab. "Wir fordern die Todesstrafe für den Angeklagten!" so Ishtiaq Ahmad, Rechtsanwalt und einer der Richter des 'Volksgerichts'.

Azam steht an der Spitze der von einem Bürgerkomitee aufgestellten Liste von des Völkermordes, der Folter und Vergewaltigung angeklagten 'Jamaat-i-Islami'-Politiker und anderer aktiver Moslems. Das 'öffentliche Tribunal' führte zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten, mit Hunderten von Verletzten und Festnahmen. In dem Bestreben, eine Auseinandersetzung mit der oppositionellen 'Awami League', die die Forderungen

unterstützt, Azam unter Anklage zu stellen, zu vermeiden, ordnete Begum Khaleda Zia Azams Festnahme an.

Da der oberste Gerichtshof jedoch Azam die Bürgerrechte wieder zuerkannte, gelang es der Regierung nicht, ihn des Landes zu verweisen. "Wir wollen, daß Golam Azam als Bürger Bangladeshs vor Gericht gestellt wird", forderte der 'Awami League'-Parlamentsabgeordnete Abdur Razzak, während einer einwöchigen Parlamentsdebatte zwischen Regierung und Opposition im März. Die Regierung hält Azam auf der Grundlage eines Sondergesetzes in Haft, widersteht aber bisher dem Druck, ihn wegen Kriegsverbrechen anzuklagen.

Politische Beobachter glauben, daß die Regierung vor allem deshalb zögert, Azam unter Anklage zu stellen, weil sie vermeiden will, die Bürgerkriegsgeschichte und den Befreiungskampf der Ostbengalen von 1971 wieder aufzurollen. Viele der damaligen Gegner der Unabhängigkeit Bangladeshs gingen später in die Politik und besetzen heute wichtige Posten in Regierung, Wirtschaft und Bildungswesen des Landes. Eine erneute Diskussion über den Bürgerkrieg würde nicht nur die Position vieler einflußreicher Politiker und Wirtschaftsführer gefährden, sondern die schon jetzt polarisierte Gesellschaft noch weiter spalten. "Ein Gerichtsverfahren gegen Azam würde alte politische Feindschaften wieder hervorrufen", betont Abdussalam Talukdar, Minister im Kabinett und enger politischer Berater der Premierministerin.

Die Regierung ist Azam noch aus einem anderen Grund verpflichtet: Die 'Jamaat-i-Islami' lieferte der BNP die notwendige Unterstützung im Parlament, um die für die Regierungsbildung erforderlichen 28 für Frauen reservierten

Sitze zu gewinnen. Die Wahlen vom Februar 1991 hatten zu einer Patt-Situation geführt, in der weder die BNP noch die 'Awami League' eine klare Mehrheit erringen konnte. Erst die 18 Sitze der 'Jamaat-i-Islami', die sich für eine Unterstützung der BNP entschied, gaben den Ausschlag. "Wir tragen jetzt historische Verantwortung", so Matiur Rahman Nizami, Fraktionschef der 'Jamaat-i-Islami' im Parlament. Doch die Fundamentalisten unterstützen die Regierung nicht ohne klare politische Zugeständnisse seitens der BNP. Viele Beobachter sehen eine ungeschriebene Zusicherung der Regierung, die fundamentalistisch-islamischen Gruppen gegen Kampagnen anderer Parteien, die in Bangladesh 'Pro-Unabhängigkeits-Parteien' genannt werden, in Schutz zu nehmen.

Die fundamentalistische Bewegung

Die 'Jamaat-i-Islami' brauchte diese Unterstützung dringend. Als Kollaborateure mit Pakistan im Unabhängigkeitskrieg dauerte es lange, bis sie wieder ein gewisses Maß an politischer Glaubwürdigkeit zurückgewonnen hatte. Kurz nach der Unabhängigkeit wurde sie von Präsident Sheikh Mujibur Rahman auf der Basis eines Gesetzes verboten, das die politische Betätigung religiöser Gruppen untersagte. Mujiburs Nachfolger Ziaur Rahman (Ehemann von Khaleda Zia) hob das Verbot jedoch wieder auf. Die 'Jamaat-i-Islami' reorganisierte sich sehr schnell wieder mit Unterstützung der islamischen Geistlichen in den 200.000 Moscheen und über 100.000 'madrasahs', den Koranschulen, die die Basis für die militanten Studentenkader 'Islamic Chhatra Shibir' bilden.

Nach der Aberkennung seiner Bürger-



Harte Zeiten für Premierministerin Khaleda Zia (Foto: Walter Keller)

rechte war Azam ins Exil nach Pakistan und Saudi Arabien gegangen. Nach dem Militärputsch und der Ermordung Sheikh Mujibur Rahmans im August 1975 konnte Azam jedoch nach Bangladesh zurückkehren. Seitdem versucht die 'Jamaat-i-Islami', Azam zu rehabilitieren, was ihr erst im letzten Jahr mit der Wiederanerkennung der Bürgerrechte gelang, als eine islamisch-fundamentalistische Welle das Land erfaßte, dessen 110 Millionen Bewohner zu 85 Prozent Moslems sind.

Azams Rückkehr in die Politik fällt zusammen mit der Übernahme wichtiger Posten und Institutionen durch pro-islamische Gruppen, die für koranisches Recht und die Errichtung einer Islamischen Republik kämpfen. Die 'Islamic Chhatra Shibir' kontrolliert durch ihre Studentenkader drei Universitäten. Wichtige Posten in der Zivilverwaltung und im Militär sind von Fundamentalisten besetzt. Die 'Jamaat-i-Islami' und andere Gruppen schüren zusätzlich Ängste vor der hindu-fundamentalistischen Bewegung im benachbarten Indien, das Bangladesh nahezu umschließt. "Eine klare islamische Identität ist für uns überlebenswichtig", sagt Delwar Husain Saidee, militanter 'Jamaat-i-Islami'-Führer, der sich für die Einführung des

islamischen Rechts, die Shariah, einsetzt. Nach der Zerstörung der Babri Moschee im indischen Ayodhya wurden im Januar in Dhaka und anderen Städten islamische Gefühle angeheizt: Tausende von Moslems protestierten in Dhaka gegen die Zerstörung, rissen ihrerseits Hunderte von Hindutempeln und nicht-islamischen Geschäfts- und Privathäusern nieder und erzwangen die Verschiebung des Gipfeltreffens der Südasiatischen Staatengemeinschaft (SAARC).

Die militanten 'Mullahs'

Azizul Huq, militanter Führer der 'Islamic Shashantanra Andolan' (Bewegung für eine islamische Verfassung), führte im Februar einen "langen Marsch" von etwa 10.000 radikalen Islamisten zur Grenze zwischen Indien und Bangladesh an. Die Gruppe wurde von paramilitärischen Truppen mit Waffengewalt gestoppt, wobei sieben Menschen getötet wurden. Dadurch wurde die Protestbewegung gegen die Regierung zusätzlich angeheizt. "Moslem-Extremisten nehmen die Erstarkung der radikalen Hindus in Indien zum Vorwand, die islamischen Fundamentalisten in Bangladesh zu fanatisieren", betont Janahara Imam, Vorsitzende des 'Ekatturer Gha-

tak Dalal Nirmul Committee', der das öffentliche Tribunal gegen Azam organisiert hatte. Die 60-jährige Frau Imam, eine ehemalige Lehrerin, die einen Sohn im Unabhängigkeitskrieg verlor, ist neue Symbolfigur des Widerstands gegen den Fundamentalismus. Frau Imam wurde mit weiteren führenden Mitgliedern des anti-fundamentalistischen Komitees des Aufruhrs angeklagt, weil sie einen eigenen "Parallel-Gerichtshof" neben der offiziellen Gerichtsbarkeit aufgebaut haben sollen. Proteste innerhalb der BNP verhinderten jedoch, daß die Gruppe wegen staatsgefährdender Aktivitäten vor Gericht gestellt wurde.

Begum Khaleda Zia ist in einem politischen Dilemma: Von ihrem Mann, dem 1981 von ehemaligen Armeefreunden ermordeten General Zia, hat sie eine Partei geerbt, die sowohl aus alten "Freiheitskämpfern" und ehemaligen Kollaborateuren mit Pakistan besteht. Ziel von General Zia, der selbst aktiv in der Unabhängigkeitsbewegung war, sollte die Vereinigung aller Fraktionen unter dem Dach des Bangladesh-Nationalismus in einer Partei sein. So besteht die BNP heute sowohl aus ehemaligen Freiheitskämpfern wie pensionierten Armee-Offizieren, Linken und islamischen Aktivisten.

Zwei Strömungen

Die beiden Hauptströmungen sind aber bis heute nicht vollständig in der Partei aufgegangen, und in kritischen Situationen treten die Gegensätze offen zutage. Der "Fall Golam Azam" hat den Konflikt innerhalb der BNP zwischen der liberalen Fraktion und den Islamisten, die schärferes Recht fordern, weiter verschärft. Für die Premierministerin wird es deshalb immer schwieriger, die vielen Fraktionen, die eigenständige politische Interessen formulieren, in der BNP zu halten. "Azam ist des größten Verbrechens gegen die Menschheit schuldig und kann seiner Verurteilung nicht entgehen", so Farida Rahman, BNP-Abgeordnete. Auf der anderen Seite steht Abdul Latif, pro-islamischer BNP-Parlamentarier. Er fordert, zu "vergessen, was mehr als 20 Jahre zurückliegt und sich stattdessen auf die Zukunft zu konzentrieren."

Politische Beobachter sehen die Islamisten innerhalb der BNP auf dem Vormarsch, was für Begum Zia und die junge parlamentarische Demokratie nach 16 Jahren Militärherrschaft eine besondere Herausforderung darstellt. Die Armee, die nach der Entmachtung des Diktators General Hussain Muhammad Ershad infolge der zivilen Unruhen von 1990 an Macht und Einfluß verlor, hat sich nie ganz von den islamistischen Strömungen gelöst. Die Durchdringung des Militärs mit islamisch-fundamentalistischen Ideen hat weitreichende Konsequenzen, da die fünfzehn Jahre lang regierenden Militärmachthaber einflußreiche gesellschaftliche Interessengruppen aufgebaut haben. Auch in der noch jungen Demokratie sind diese organisierten Interessen so stark in der Verwaltung etabliert, daß sie nicht ohne weiteres ihre Sonderprivilegien aufgeben werden.

Zeichen stehen auf Sturm

Bisher ist es Zia gelungen, die unterschiedlichen politischen Interessen der verschiedenen Gruppen innerhalb der BNP auszubalancieren und mögliche Ambitionen innerhalb des militärischen Establishments zu kontrollieren. Doch die jüngsten Trends in Richtung Fundamentalismus deuten an, daß das brüchige Gleichgewicht langsam aus den Fugen gerät. In parlamentarischen Sitzungen kommt es zwischen liberalen und profundamentalistischen BNP-Parlamentariern wiederholt zu öffentlichen Auseinandersetzungen über die ehemaligen Kollaborateure Pakistans. Zia mußte schon mehrfach das langerwartete Treffen des Parteirates absagen, weil sie fürchten muß, daß dadurch die parteiinternen Differenzen noch stärker an die Öffentlichkeit getragen werden könnten

und die Stabilität der nun zweieinhalb Jahre alten Regierung zusätzlich gefährdet.

Beobachter glauben, daß die Regierung einer internen islamischen Herausforderung gegenübersteht, die stetig an Boden gewinnt. Ihre Stärke bezieht sie aus den Elendsvierteln der Slums bengalischer Städte und einer weiteren Verschlechterung der ökonomischen Situation einer großen Mehrheit der ländlichen Bevölkerung. Zia hat eine Wirtschaft übernommen, die aufgrund von Mismanagement und Korruption meherer Militärregimes völlig geschwächt war. Ihre Vorgänger haben den potentiell explosiven sozialen Druck des Landes nur unzureichend wahrgenommen. In den letzten zwei Jahrzehnten ist die Bevölkerung um 42 Millionen Menschen gewachsen und mehr als 60 Prozent der Bevölkerung leben unterhalb der Existenzminimums. Waren 1971 noch 40 Prozent der Menschen ohne Landbesitz, sind es heute über 60 Prozent; die steigende Zahl von Menschen übt wachsenden Druck auf knappes Land und Ressourcen aus. Trotz der Verbesserungen im Bildungswesen liegt die Alphabetenquote noch immer unter 30 Prozent. Mehr als 17 Millionen Menschen, viele von ihnen mit einem Universitätsabschluß, haben keine Arbeit. Es ist kein Wunder, daß viele der 'Jamaat-i-Islami'-Rekruten aus diesen Bevölkerungsgruppen stammen.

Wachsende Desillusionen

Wie im Iran der späten 70-er Jahre, finden fundamentalistische Gruppen Unterstützung vor allem aus der bengalischen Mittelklasse, die sich über das wirtschaftliche und politische System ihres Landes zunehmend weniger Illusionen macht und entschieden hat, nicht nur ihre religiöse, sondern auch ihre soziale Erlösung im Islam zu suchen. Hinzu kommen diejenigen mit einem Abschluß der islamischen Religionschulen, die feststellen müssen, daß ihr arabischer Schulabschluß keinerlei Chancen auf einen Job in einem System eröffnet, das in weiten Bereichen noch immer Strukturen aufweist, die bis in die britische Kolonialzeit zurückreichen. Sie sind es, aus denen sich die Kader zusammensetzen, die das gegenwärtige System niederreißen und es durch die Shari'ah, das islamische Gesetz, ersetzen wollen.

"Bangladesh ist im Grunde doch schon ein islamischer Staat", sagt Shahidul Karim, ein Studentenaktivist der 'Jamaat-i-Islami'. "Alles was wir zu tun haben, ist, das dekadente westliche politische System abzuschaffen und es durch Allah's Gesetz zu ersetzen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist jedes Mittel erlaubt."

Das Programm der Fundamentalisten ist unkompliziert: Rückkehr zum System des auf der Herrschaft der Moschee beruhenden islamischen Kalifat (Herrschaft der Kalifen) und die Einführung des islamischen Rechts. "Die Lösung der gegenwärtigen ökonomischen Krise Bangladeshs liegt in einem zinsfreien islamischen Bankensystem und der Einführung des islamischen Steuersystems", meint Matiur Rahman Nizami, der Generalsekretär der 'Jamaat-i-Islami', der auch ihr Sprecher im Parlament ist.

Staatsreligion

Der größte Erfolg, den die Fundamentalisten bisher erzielen konnten, war die ehemalige Regierung unter General Ershad dazu zu zwingen, den Islam 1988 zur Staatsreligion zu erklären und anderen Religionsgemeinschaften wie Hindus, Christen und Buddhisten Minderheitenstatus zuzuschreiben. Die Sonderstellung, die der Islam durch eine Verfassungsergänzung erhielt, beabsichtigte, der fundamentalistischen Bewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Tatsächlich erhielt sie jedoch einen kräftigen Schub in Richtung auf einen islamischen Staat.

Die Forderung nach einer Verhandlung über den Fundamentalistenführer Azam ist die erste große Herausforderung an die wachsenden Ambitionen und die zunehmende Macht der islamischen Parteien. "Eine solche Verhandlung wird nicht nur Gerechtigkeit garantieren, sondern den Menschen klar machen, was Fundamentalismus bedeutet", sagt Rashid Khan Menon, der Führer der oppositionellen Arbeiterpartei, der schon einmal vor kurzer Zeit Ziel eines Mordanschlages war, der wahrscheinlich durch einen radikalen Moslem verübt wurde. Bisher ist es der Polizei jedoch nicht gelungen, auch nur einen einzigen Verdächtigen in Zusammenhang mit dem nun ein Jahr zurückliegenden Mordversuch zu verhaften. Säkulare und linke Parteien geben an, in Auseinandersetzungen zwischen pro- und antifundamentalistischen Gruppen seien allein im vergangenen Jahr über 200 Menschen ums Leben gekommen. Zu den meisten Todesfällen kam es an den Universitäten, wo immer wieder Studenten kader der 'Jamaat-i-Islami' in die Auseinandersetzungen verwickelt waren.

Reaktionen auf Radikalismus

In dem Maße, wie die Fundamentalisten an Stärke gewinnen, gewinnt auch die Gegenreaktion langsam an Fahrt. Die beiden gegensätzlichen Gruppen geraten immer wieder aneinander, wobei vor dem Einsatz selbstgebastelter Sprengsätze, Schußwaffen und Messern

nicht zurückgeschreckt wird. Die Befürworter einer Gerichtsverhandlung gegen den fundamentalistischen Führer haben der Regierung eine Frist bis September gesetzt, um ein spezielles Tribunal einzurichten. Von der anderen Seite wird eine Kampagne zur sofortigen Freilassung ihres Führers gefordert (siehe auch Kurzmeldungen).

Zia muß die Regierung eines der ärmsten Länder der Welt führen, in dem sie diese Kräfte in Schach hält. Ihre erste Herausforderung war, das Land nach Jahren der Militärdiktatur friedlich zu einer westlichen, parlamentarischen Demokratie zurückzubringen. Nachdem dies erreicht war, ging es darum, durch Abbau staatlicher Hemmnisse die Wirtschaft des Landes zu stärken und das Land für den globalen Wettbewerb zu öffnen. Eine ausgezeichnete Ernte 1992 und gute Wintererträge haben in diesem Jahr das Nahrungsmitteldefizit in ein Nahrungsmittelplus umgewandelt.

Bei einer Gesamtproduktion von über 20 Millionen Tonnen Reis stand die Verwaltung vor ernsthaften Lagerproblemen, da die vorhandenen Kapazitäten kaum ausreichen. Vertreter des Nahrungsministeriums haben im Juni nach möglichen ausländischen Abnehmern für bengalischen Reis gesucht. Doch dieser Erfolg, der vor allem auf die Aufhebung

der staatlichen Kontrollen auf Düngemittel, verbesserte Saatgutverteilung und gutes Wetter zurückzuführen ist, hat auch seine Schattenseiten. Die Preise für Reis sind unter die Produktionskosten gesunken, wodurch sich die Situation der Klein- und Subsistenzbauern, die die Mehrheit der ländlichen Bevölkerung bilden, weiter verschlechtert hat. Aufgrund fehlender Kontrollmechanismen war die Regierung nicht in der Lage, die Preise zu stabilisieren und Bauern vor dem wirtschaftlichen Ruin zu retten. "Die Bauern zahlen den Preis für die Überproduktion", sagt Sheikh Hasina, Chefin der 'Awami League' und Oppositionsführerin im Parlament. Hasina wirft der Regierung vor, zu wenig zum Schutz der Interessen der Bauern unternommen zu haben, die immerhin zu über 40 Prozent zum Bruttosozialprodukt des Landes beitragen. Hasina forderte Subventionen für die Landwirtschaft durch eine Senkung der Düngemittelpreise und eine Kostensenkung für Treibstoffe, mit denen Bewässerungspumpen betrieben werden.

Die niedrigen Reispreise und der internationale Preisverfall für Jutefasern haben einen Kaufkraftverlust im ländlichen Raum zur Folge, wo immerhin 80 Prozent der Gesamtbevölkerung leben. Dies hat zu einem Rückgang der Nach-

frage nach Konsum- und Industriegütern geführt, die sich auf den heimischen Märkten bemerkbar macht. Lokale Industrien beklagen die Produktionsausfälle aufgrund der mangelnden Nachfrage. "Unser Betrieb hat in den letzten drei Monaten stillgestanden", erklärt Abdul Karim Mollah, der ein mittelgroßes Unternehmen zur Produktion von Kunstlederschuh für untere Einkommenschichten leitet. Finanzminister Mohammad Saifur Rahman ist in die Kritik geraten, weil es ihm nicht gelungen ist, die Wirtschaft anzukurbeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Inländische Investitionen stagnieren, obwohl die Regierung nahezu alle Investitionsbeschränkungen aufgehoben und die Zinsrate gesenkt hat, um die Kreditaufnahme zu erleichtern. Doch zeitigen diese Maßnahmen bisher keine sichtbaren Resultate. Die Opposition wirft der Regierung mangelnden Willen vor, während die Regierung ihrerseits behauptet, die Opposition schaffe mit ihren Agitationen in der Geschäftswelt ein Gefühl der Unsicherheit. Die Regierung klagt insbesondere die Gewerkschaften an, die mit ihren zahlreichen Streiks und hohen Lohnforderungen die Wirtschaft schwächen würden.

Gegensätzliche Kräfte

"Solange wir in diesem Land keine verantwortungsbewußten Gewerkschaften haben, werden wir keine Industrialisierungswelle erleben", sagte Rahman bei der Vorstellung seines Haushaltes für das neue Finanzjahr, das im Juli beginnt. SKOP, der Dachverband von 14 Gewerkschaften, organisierte im Mai einen dreitägigen Streik, durch den die Produktion in vielen Wirtschaftssektoren genauso unterbrochen wurde wie wichtige Transportwege. Polizei und paramilitärische Grenzschutztruppen eröffneten das Feuer auf Streikende die versuchten, Gleisanlagen zu zerstören und auf den Fernstraßen Barrikaden zu errichten. Der von ehemaligen Kommunisten und Sozialisten dominierte Gewerkschaftsverband fordert Mindestlöhne, die die Unternehmer angesichts des verschärften Wettbewerbs nicht zahlen wollen oder können. Die Gewerkschaften nehmen für sich in Anspruch, für Mindestlöhne einzutreten, um ihren Mitgliedern in einem Markt steigender Konsumpreise eine Überlebenschance zu bieten. "Das Land wird zerrissen von der Welle islamischen Fundamentalismus und der Militanz der Gewerkschaften", schreibt der Herausgeber einer Tageszeitung. "Die zentrifugalen Kräfte drängen das Land an den Rand einer neuen Krise".

(Übersetzungen: Thomas Stukenberg, Theo Ebberts)



Gute Ernte - Schlechte Preise (Foto: Walter Keller)